

Generalversammlung Landesmusikrat Berlin e.V.

Beschlussantrag der Vereinigung Alte Musik e.V., der IG Jazz e.V. und der Initiative Neue Musik e.V.:

Beschluss:

Die Generalversammlung des Landesmusikrats fordert den Berliner Senat und die Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf, im Landeshaushalt 2025 von Kürzungen der institutionellen Förderungen, Projektförderungen, Stipendien und Zuwendungen für die Freie Musikszene (Alte Musik, Neue Musik, Musiktheater und Jazz) Abstand zu nehmen.

Begründung:

Die Freie Szene, die bereits stark mit prekären Arbeitsbedingungen konfrontiert ist, wird von den Kürzungen besonders stark getroffen.

Besonders alarmierend sind die angekündigten Kürzungen bei der Kulturraum Berlin gGmbH, da sie der ohnehin unter prekären Bedingungen arbeitenden Szene der zeitgenössischen Musik eine essenzielle Arbeitsgrundlage entziehen würden. Seit 2022 bieten die von der Kulturraum Berlin gGmbH angemieteten und erschlossenen Proberäume zahlreichen registrierten Musiker*innen und Ensembles dringend benötigte Möglichkeiten für umfassende Proben.

Die Zerstörung dieser nachhaltigen Strukturen wäre unwiederbringlich. In einer Stadt, in der bezahlbare Proberäume und Freiräume für Künstler*innen und Ensembles bereits äußerst rar sind, ist die Zerstörung dieser funktionierenden Strukturen ein Ausdruck kurzsichtiger Irrationalität. Es wäre ein weiterer Schritt, den Ruf Berlins als Kulturmetropole empfindlich und dauerhaft zu beschädigen.

Es ist essenziell, dass die Fördertöpfe für Projekte und Festivals der Freien Szene, Arbeitsstipendien und die strukturelle Förderung von Akteur*innen unangetastet bleiben. Diese Förderinstrumente stellen die Grundlage für die kreative Vielfalt und das Überleben der Freien Szene dar. Sie sichern nicht nur die Umsetzung künstlerischer Projekte, sondern ermöglichen auch die Existenz zahlreicher Künstler*innen, die schon heute unter prekären Bedingungen arbeiten und die ohne diese Grundlage gezwungen sind, ihre Arbeit aufzugeben. Die Etablierung von Honoraruntergrenzen war ein wichtiger Schritt, hier endlich gegenzusteuern. Die geplanten Kürzungen verhindern die dringend notwendigen Aufwüchse, um die Fördertöpfe endlich dem eigentlichen Bedarf anzupassen.

Dies muss besonders vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass sich die Kürzungen bei den Konzert- und Opernhäusern auch direkt auf die Freie Szene auswirken werden,

da mit Einschnitten im Programm auch weniger Engagements für freie Musiker*innen einhergehen.

Die Freien Künste, einschließlich der Bereiche Alte Musik, Neue Musik, Musiktheater und Jazz, sind nicht nur ein unverzichtbarer Teil unserer kulturellen Landschaft, sondern auch ein bedeutender Beitrag zu einer aufgeklärten, stabilen und pluralistischen Gesellschaft. Die Räume, die von diesen Kunstformen geschaffen werden, sind Orte des Experimentierens und der offenen Auseinandersetzung. Sie ermöglichen die Entwicklung neuer Ideen und Dialoge, die weit über traditionelle kulturelle Angebote hinausgehen. Freie Musikkultur ermöglicht es, verschiedene ästhetische und gesellschaftliche Perspektiven zu vereinen, und fördert den Austausch zwischen unterschiedlichen sozialen, kulturellen und politischen Gruppen.

Darüber hinaus hat die Freie Musikszene eine besondere Bedeutung für marginalisierte Communities. Durch ihre zugängliche, innovative und experimentelle Arbeitsweise werden Räume geschaffen, in denen sich Menschen, die sich von etablierten Kultureinrichtungen nicht angesprochen fühlen, wiederfinden können. Die Freien Musikszene in Berlin sind damit nicht nur ein ästhetisch anspruchsvolles Angebot, sondern auch aktiver Bestandteil einer demokratischen und integrativen, lebendigen Stadtgesellschaft. Die Förderung dieser Kunstformen ist also nicht nur eine Frage der Kulturpolitik, sondern auch eine notwendige Investition in den sozialen und kulturellen Zusammenhalt der Gesellschaft. Eine Kürzung der Fördermittel würde den Verlust von wertvollen künstlerischen Initiativen und die vielfältige, kreative und inklusive Struktur Berlins gefährden.

Noch nie wurde ein Haushalt durch Kürzungen im Kulturbereich gesundgespart. Was einmal weg ist, kommt nicht wieder. Angesichts dieser gravierenden Folgen sind der Senat und das Abgeordnetenhaus aufgefordert, von den Kürzungen Abstand zu nehmen.